

## Inhalt

Die Sozialdemokratische Partei der Stadt St. Gallen versteht Politik als vernetztes Gemeinwesenprojekt. Die Reihenfolge der Kapitel drückt daher keine Wertung aus.

<b>I.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>II.</b>	<b>Soziale Sicherheit und Gesundheit</b>	<b>5</b>
<b>III.</b>	<b>Bildung</b>	<b>7</b>
<b>IV.</b>	<b>Kinder- und Jugendpolitik</b>	<b>9</b>
<b>V.</b>	<b>Attraktive Quartiere</b>	<b>11</b>
<b>VI.</b>	<b>Attraktive Innenstadt</b>	<b>13</b>
<b>VII.</b>	<b>Wohnen</b>	<b>14</b>
<b>VIII.</b>	<b>Wirtschaft</b>	<b>15</b>
<b>IX.</b>	<b>Umwelt/Energie</b>	<b>17</b>
<b>X.</b>	<b>Verkehr</b>	<b>19</b>
<b>XI.</b>	<b>Kultur</b>	<b>22</b>
<b>XII.</b>	<b>Sport</b>	<b>24</b>
<b>XIII.</b>	<b>Finanzen</b>	<b>25</b>

---

## I. Einleitung

*Die SP orientiert sich an sozialem ethischen Grundkategorien und an einem gesellschaftlichen Gerechtigkeitsbegriff, der zum Ziel hat, die zunehmend ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen zu überwinden und die Chancengleichheit und -gerechtigkeit für alle Menschen nicht nur formell, sondern auch inhaltlich zu verwirklichen. Auf dieser Basis steht ein demokratisches und solidarische Gemeinwesen. Sie ermöglicht es den Menschen erst, sich in verantwortungsbewusster Freiheit zu entfalten, sich als wertvollen Teil der Gesellschaft wahrzunehmen, an ihr Teil zu haben und einen eigenen Beitrag zu leisten.*

*Die Kraft der Gesellschaft und der einzelnen Individuen ist sozial erst relevant, wenn sie jene Menschen stärkt, die mangels eigener Ressourcen nicht in der Lage sind, ein selbstbestimmtes Leben mit Perspektiven zu führen. Solidarität ist als Strukturprinzip in Institutionen und Ordnungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens in unserer Stadt zu verankern.*

*Bei politischen Entscheidungen suchen wir unabhängig vom eigenen Status oder Statuserwartungen nach Lösungen, die zu mehr gesellschaftlicher Gerechtigkeit führen. Wir vertreten keine Partikularinteressen, sondern halten den Blick fürs Ganze offen. Statt Nachhaltigkeit zu predigen, wollen wir nachhaltige Lösungen für eine zukunftsfähige Stadt nach menschlichem Mass..*

### **Auf dem Weg zu konkreten Zielen**

#### **«Selbstbewusst bescheiden sein» - St. Gallen als urbanes und fortschrittliches Zentrum der Bodensee-Region mit Gemeinsinn**

St. Gallen soll sich als urbanes, fortschrittliches Zentrum der Bodenseeregion weiterentwickeln. Eigenständiges Selbstbewusstsein, verbunden mit Öffnung und Kooperation über die engen Grenzen von Stadt und Kanton hinaus sind dringend gefordert. Allerdings kann eine einseitig auf wirtschaftliche Ziele und private Interessen ausgerichtete Politik nicht nachhaltig sein. Vielmehr müssen in einer kohärenten, solidarischen Stadtentwicklung primär auch soziale, gesellschafts- und bildungspolitische, kulturelle, ökologische, infrastrukturelle und institutionelle Aspekte zum Tragen kommen.

St. Gallen ist nicht Zürich, ist nicht München. St. Gallen ist aber auch nicht Rheineck oder Nesslau. Es verstellt den Blick auf die Einzigartigkeit und die Stärke St. Gallens, wenn es bloss als «Zürich-Ost» wahrgenommen wird und alles in «benchmarks» und unter dem Gesichtspunkt des «Standortmarketings» bewertet wird.

Stehen wir dazu, dass wir im Vergleich zu den grossen Agglomerationen zur «Peripherie» gehören und betonen wir die Vorteile und das Potential dieser peripheren Lage als Zentrum der Bodensee-Region.

---

## Wir wollen

- eine selbstbewusste Stadt mit überregionaler Ausstrahlung
- eine soziale Stadt, in der Gemeinsinn und Solidarität gelebt werden
- eine Stadt der ausgewogenen Nachhaltigkeit mit hoher Umweltqualität

## Schwerpunkte der SP-Politik für die Legislatur 2009 – 2012

Die SP der Stadt St. Gallen strebt folgende übergeordneten Ziele an:

- 1. Gesellschaft (soziale Nachhaltigkeit)**
  - soziale Sicherheit für alle
  - angstfreie, urbane Räume ohne kommerziellen Druck
  - respektvolles Zusammenleben der verschiedenen Kulturen, gelebte Integration
  - hervorragende Bildungsangebote für alle
  - hohe Lebens- und Wohnqualität
  - lebendige Quartiere mit guter Versorgung und sozial ausgewogener Durchmischung
  - Chancengerechtigkeit an gesellschaftlicher Teilhabe
- 2. Umwelt (ökologische Nachhaltigkeit)**
  - Ausstieg aus Versorgung mit Atomstrom
  - Energieversorgung aus erneuerbaren Ressourcen
  - Senkung des Energieverbrauchs in Gebäuden
  - Ausbau des Fernwärmenetzes
  - qualitativer Ausbau der Grünflächen und Erholungsgebiete
  - Stadt der kurzen Wege / massvolle Verdichtung
  - attraktive Innenstadt mit guter ÖV-Erreichbarkeit
  - Abbau und Umlagerung des individuellen motorisierten Pendler- und Freizeitverkehrs, Ausbau des ÖV-Angebots und des Langsamverkehrs
  - saubere Luft, weniger Lärm, lebendige, saubere Gewässer
- 3. Wirtschaft & Finanzen (haushaltpolitische Nachhaltigkeit)**
  - attraktive Arbeitsplätze / qualifizierte Lehrstellen, vorab in der städtischen Verwaltung
  - ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischem Leistungsangebot, Steuerlast und Verschuldung
  - kontinuierliches Investitionsvolumen, antizyklische Investitionen
  - konsequente Erfassung des Steuersubstrates
  - sozialverträgliche Gebühren
  - gerechte Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen und Zentrumslasten
- 4. Kultur (kulturelle Nachhaltigkeit)**
  - kulturelle Zentrumsfunktion mit Ausstrahlung
  - St. Gallen wird Literaturhauptstadt in der Bodensee-Region
  - lebendige, lokale Kultur mit Selbstbewusstsein
  - mittelgrosser Saal für Konzerte und Veranstaltungen
  - angemessene Produktionsbedingungen für «kleine Institutionen»
  - verstärkte Anschlüsse an internationale Szene
  - vernetztes Kulturverständnis

---

## Herausforderungen

Zu den Herausforderungen der grösseren Städte wie St. Gallen gehören:

- steigende Zentrumslasten
- Abwanderung der Bevölkerung
- Integrationsaufgaben
- Sicherheit im umfassenden Sinn
- Innenstadt versus Stadtrand
- Lebensraum Quartier
- Verkehrsentwicklung

Oft geht es bei den Überlegungen zur Entwicklung einer Stadt darum, Teufelskreise zu durchbrechen, z.B. denjenigen der Abwanderung der Bevölkerung.



Die Bestrebungen, in der Stadt leben und arbeiten zu können, müssen verstärkt werden. Damit kann dem weiteren Anstieg der Pendlerströme entgegengewirkt werden, was zu einer Zunahme der Wohn- und Lebensqualität führt. Der allgemeine Trend «zurück in die Stadt» ist deshalb in der Agglomeration St. Gallen zu fördern. Ein quantitatives und qualitatives Wachstum der Bevölkerung wird auch einen Anstieg der Steuereinnahmen zur Folge haben. Damit kann ein zukunftsgerichtetes Leistungsangebot finanziert werden, welches der städtischen Bevölkerung dauerhaft von Nutzen ist.

**Die SP der Stadt St. Gallen ist stadtkompetent.sg**

---

## II. Soziale Sicherheit und Gesundheit

### A. Ausgangslage

Das System der sozialen Sicherheit trägt wesentlich zur gesellschaftlichen Integration und Kohärenz und damit zur Wohlfahrt der Bevölkerung bei. Unter dem Begriff «Soziale Sicherheit» verstehen wir die Gesamtheit aller gesetzgeberischen und anderen Massnahmen, die sozialpolitische Zielsetzungen verwirklichen sollen. Der Begriff schliesst somit die Sozialversicherungen aber auch die subsidiär ergänzende, öffentliche Sozialhilfe sowie Massnahmen ausgleichender Gerechtigkeit (Steuer-, und Familienpolitik) mit ein. Der Begriff soziale Sicherheit verweist auf die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Ideen und Werte, wie etwa der Solidarität und der Menschenwürde.

Privilegierte Schichten sind in der Schweiz eindeutig gesünder und haben eine längere Lebenserwartung als Menschen, die über geringere Bildung, Einkommen und Berufsstatus verfügen. Trotz der globalen wirtschaftlichen Entwicklung nimmt die Zahl von verarmten Menschen in den Städten konstant zu. Faktoren, die erhöhtes Risiko bedeuten, arm zu werden sind: Bildungsarmut, tiefes Lohnniveau oder, Arbeitslosigkeit, Krankheit, steigende Lebenshaltungskosten (Miete, Krankenkasse etc.). Diese Faktoren werden insbesondere für Familien und Alleinerziehende zu einer Armutsfalle. Armut führt Menschen in die soziale Isolation, weil sie am gesellschaftlichen und kulturellen Leben nicht mehr teilhaben können. Armut und Einsamkeit macht Menschen krank.

Gesundheitspolitik ist zwar in erster Linie Sache des Kantons. Dennoch ist es im Interesse der Stadt, sich in der Gesundheitsversorgung zu engagieren und mitzugestalten. Die Stadt ist grösseren Belastungen unterworfen und muss deshalb eine führende Rolle einnehmen. So leistet sie Beiträge an Organisationen, zum Beispiel an das Kinderspital, den Kinderpsychiatrischen Dienst sowie an die Sexualpädagogik und andere Beratungsstellen. Die Gemeinden sind zuständig für die Spitex-Betreuung (Hilfe und Pflege zu Hause). Die Anforderungen im ambulanten Bereich steigen konstant (Einsatz neuer Technologien, kürzere Verweildauer im stationären Bereich). Neue Herausforderungen stellen sich insbesondere durch die Einführung von Fallkostenpauschalen an den Spitälern.

Geschlecht stellt – neben sozialer Schicht – die wichtigste Determinante für gesundheitliche Ungleichheit dar. Frauen weisen einen geringeren Bildungsstatus und geringeres Einkommen auf als Männer. Frauen sind immer noch stärker von Armut betroffen als Männer. Sieben bis zwölf Prozent der Minderjährigen wachsen in Armut auf. Armut bei Kindern und Jugendlichen führt zu einem geringeren Selbstwertgefühl, zu Frustration und Aggression, zu Depression und Ängsten.

Ausländer und Ausländerinnen sind besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Gesellschaftliche Integration wurde in den letzten Jahren prekärer und umstrittener diskutiert als zuvor. Migrantinnen und Migranten haben aus unterschiedlichen Gründen eingeschränkte Chancen (Berufsexposition, Bildung, Sprache, biografische Ereignisse, Einkommen etc.).

### B. Ziele

Menschen, die ihre Existenz nicht selber sichern können, muss der Zugang zu den verschiedenen notwendigen Ressourcen gewährleistet werden. Das Existenzminimum der SKOS liegt etwas so hoch, wie das betriebsrechtliche Existenzminimum. Es liegt jedoch deutlich tiefer als jenes für die Ergänzungsleistung zu AHV/IV. Im Gegensatz zu den meis-

---

ten anderen bedarfsabhängigen Leistungen sind die Sozialhilfeleistungen in den letzten 15 Jahren real gesunken<sup>1</sup>. Wir setzen uns dafür ein, dass von Armut betroffene Menschen materiell abgesichert sind und die Sozialhilfe ein Leben in Würde ermöglicht. Allen Menschen, die auf Hilfe und Pflege angewiesen sind, ist der Zugang zu einer flächendeckenden und qualitativ guten Versorgung sichergestellt ist. Dies gilt insbesondere für:

- behinderte, kranke, verunfallte, rekonvaleszente, betagte oder sterbende Menschen
- Menschen, die in einer physischen und/oder psychischen Krisen- oder Risikosituation stehen
- Frauen vor und nach der Geburt eines Kindes

Damit streben wir an, dass alle Menschen Verantwortung für die eigene Gesundheit übernehmen, Gesundheitsangebote wahrnehmen und ihre Lebens-, Arbeits- und Freizeitbedingungen mitgestalten können.

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Sozialhilfe und Menschenwürde**

Keine in der Stadt wohnhafte Person darf unter dem von SKOS empfohlenen Existenzminimum leben. Familien und insbesondere Kinder und Jugendliche erhalten einen besonderen Schutz und Förderung. Familien brauchen ergänzende Betreuungsangebote für die Kinder (Tageschulen, Elternurlaub etc.). Arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer erhalten eine spezifische Förderung und Möglichkeiten der Weiterbildung. Migrantinnen und Migranten erhalten einen gesicherten Zugang zu Informationen im Bereich der sozialen Sicherung. Ausgrenzung und Stigmatisierungen werden erkannt und beseitigt. Das bedeutet insbesondere:

- die Förderung von Kompetenz der Lebensgestaltung im Sinne von Coaching statt Verwaltung von armutsbetroffenen Menschen;
- das Bekämpfen systembedingter Armutsfallen. (z.B. Niedriglohnarbeit);
- Einführung von Ergänzungsleistung für working poor;
- Forderung nach existenzsichernden Löhnen;
- Ergänzungsleistungen für Erziehende, welche ihren Lebensunterhalt mit Erwerbstätigkeit nicht oder nur teilweise decken können;
- Forderung nach günstigem qualitativ gutem Wohnraum;
- Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt sind Möglichkeiten gegeben, sich kostengünstig (weiter) zu bilden;
- Keine Zwangs-Gemeinwesenarbeit für Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben.

### **2. Hilfe und Pflege**

In der Stadt St. Gallen ist eine flächendeckende und qualitativ hochstehende Versorgung im Bereich «Hilfe und Pflege zu Hause» gesichert. Alte Menschen haben das Recht selbstbestimmt zu entscheiden, in welcher Form sie ihren Lebensabend zu verbringen wollen. Zur Erhaltung und Unterstützung der Eigenständigkeit von Seniorinnen und Senioren sind alternative Wohn- und Lebensformen, mit entsprechenden Dienstleistungen und einem gut funktionierenden Hilfe-Netz zu fördern. Der Zugang zur medizinischen Versorgung ist für alle Menschen gewährleistet, auch für Personen ohne Papiere (sans papiers) und mit Nichteintretensentscheiden im Asylverfahren (NEE).

---

<sup>1</sup> Quelle: <http://www.skos.ch/de>

---

### **3. Gesundheitsförderung und Prävention**

Ökologische Bedingungen stellen einen gesundheitlichen Faktor erster Priorität dar: Benachteiligte Gruppen dürfen nicht vermehrt Belastungen wie Lärm und Luftverschmutzung ausgesetzt werden. Die Gesundheitsförderung in Schule und Verwaltung der Stadt St. Gallen hat Vorbildcharakter. Gesundheitsfördernde Aktivitäten und Programme gehören zum Standard in der Gemeinwesenarbeit und tragen insbesondere den Gegebenheiten von benachteiligten Bevölkerungsgruppen Rechnung. Fuss- und Radwege und insbesondere Schulwege zeichnen sich durch einen hohen Sicherheitsstandard aus. Kinder und Jugendliche geniessen besonderen Schutz und haben Anspruch auf altersspezifische, gesundheitsfördernde Massnahmen. Die Stadt betreibt eine aktive Gesundheitspolitik auch im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention (Sucht, Hygiene, Gesundheit der Kinder etc.). Prävention hat zum Ziel, Gesundheitsschädigungen zu vermeiden oder zu verringern:

- Jede städtische Vorlage wird auf ihre «gesunden» Aspekte hin überprüft (Strassen-/Bau-/Raumgestaltung, Beleuchtung, Übersichtlichkeit, Schadstoffbelastung, Lärm- und Lichtverschmutzung, Strahlung, etc.);
- Überprüfung/Steigerung der Sicherheit auf Schulwegen;
- Überprüfung und Unterstützung gesundheitsförderlichen Massnahmen für Kinder und Jugendliche;
- Generelle Einführung von Tempo 30 in Wohnquartieren;
- Einkäufe der Verwaltung (Bau- und Ausstattungsmaterial, Lebensmittel) werden auf ihre gesundheitlichen Aspekte hin angeschafft;
- die Stadt animiert ansässige Wirtschaftsunternehmen und Organisationen, in Gesundheits- und Präventionsmassnahmen aktiv zu werden.

## **III. Bildung**

### **A. Ausgangslage**

Die Schullandschaft der Stadt St.Gallen ist geprägt durch eine deutliche Aufsplitterung. Die Zusammensetzung der Klassen ist vorwiegend einseitig, sei dies sozial oder kulturell. Ein erheblicher Anteil der Kinder lernt ausgegrenzt in Kleinklassen, während ein weiterer Teil integrativ beschult wird. Ein konkretes Konzept zum Umgang mit Heterogenität und individueller Förderung seitens der Stadt existiert noch nicht; Projekte zur Förderung von Kindern im Vorschulalter sind auf einzelne Quartiere beschränkt.

Besonders an der Oberstufe zeigt sich diese Situation akzentuiert. Das Vorhandensein von privaten Schulen und konkurrierenden öffentlichen Schultypen einerseits, der Zuzug von Schülern verschiedener Aussengemeinden andererseits blockieren weiterhin die Schaffung von Oberstufenzentren und führen zu einer ausgeprägten Selektion. Dies führt dazu, dass viele Schüler Schwierigkeiten haben, adäquate Anschlusslösungen (insbesondere Berufsausbildung) zu finden.

---

Zwar wurde termingerecht zum 10. Nachtrag zum Volksschulgesetz das flächendeckende Netz an Mittagstischen umgesetzt, im weiteren Betreuungsbereich (Horte, nachschulische Betreuung) sind allerdings trotz grosser Nachfrage immer noch erhebliche Lücken vorhanden.

## **B. Ziele**

Die Stadt St.Gallen schafft Rahmenbedingungen, welche jedem einzelnen Kind oder Jugendlichen optimale Lernsituationen ermöglichen sowie die Motivation zum Lernen erhält. Themen-, erlebnisorientierte und musische Lernangebote müssen in der Schule einen breiteren Raum einnehmen. Der Musikunterricht muss ausgebaut werden.

Insbesondere sorgt sie dafür, dass eine verbesserte Durchmischung der Klassen und Schulhäuser erreicht wird, während gleichzeitig Massnahmen zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler erarbeitet werden. Insbesondere muss hierbei der Augenmerk auf die Förderung im Vorschulalter gelegt werden, um Chancengleichheit beim Eintritt in die Schule zu erreichen. Separative Massnahmen sind abzuschaffen, wo sie nicht unbedingt nötig sind.

Mittel- bis langfristig muss die Schule in modularer Form als Tagesschule organisiert werden.

Die Volksschule ist auch in Zukunft Aufgabe der öffentlichen Hand und darf nicht privatisiert werden, auch nicht in Form von Sponsoring (z.B. Coca Cola am Kinderfest oder McDonalds am Mittagstisch).

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Umgang mit Heterogenität**

Ungeachtet ihrer kulturellen Herkunft und ihres Bildungshintergrundes erhalten alle Kinder die Bildungschancen, um ihr Leben selbstverantwortlich zu gestalten, um die geforderten Fähigkeiten für ihre spätere Berufs- oder Bildungskarriere zu erreichen. Die Heterogenität und unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder wird als Herausforderung und Potential erkannt.

### **2. angemessene Klassengrössen**

Die Grösse einer Klasse muss der sozialen und arbeitstechnischen Belastung angepasst sein. Ein stures Festhalten an einer absoluten Zahl ist nicht sinnvoll. Bei der Klasseneinteilung werden die individuelle Situation der einzelnen Schülerinnen und Schüler, das sozio-kulturelle Gefüge des Quartiers sowie spezielle Herausforderungen in der Lerngruppe berücksichtigt. Über die Schulquartiersgrenzen ist im Grundsatz zu diskutieren. Zur Unterstützung der Lehrpersonen soll die Schulsozialarbeit ausgebaut werden.

### **3. besondere Lernbedürfnisse**

Die Schülerinnen und Schüler sollen miteinander und voneinander lernen können. Zusätzliche Unterstützung muss entsprechend auf integrierender und nicht separierender Basis funktionieren. Statt Aufteilung in Leistungsklassen in Sprache und Mathematik sind Leistungsgruppen innerhalb des Klassenverbandes zu schaffen.

---

Kulturelle Vielfalt und insbesondere Mehrsprachigkeit innerhalb einer Klasse ist ein Potential, das genutzt werden muss: Kompetenzen in der Muttersprache führen zu grösseren Kompetenzen in der Zweitsprache, Austausch zwischen verschiedenen Kulturen fördert den gegenseitigen Respekt. Entsprechend muss ein umfassendes Angebot von HSK (Heimatliche Sprache und Kultur)- Kursen in die Schule integriert werden.

#### **4. bedarfsgerechte Betreuungs- und Zusatzangebote**

Die Stadt baut flächendeckende Tagesstrukturen auf, um Müttern und Vätern zu ermöglichen, weiterhin im Berufsleben aktiv zu sein, sowie um die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen. Schule und Betreuungsangebote müssen aufeinander abgestimmt sein und arbeiten eng zusammen, um Synergien zu nutzen.

#### **5. Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten**

Die Eltern sollen befähigt werden, ihre Kinder durch die Schulkarriere zu begleiten und ihre Verantwortung wahrzunehmen. Dazu gehört, dass die Stadt Ansprechpartner aus den entsprechenden Kulturkreisen, niederschwellige Beratungsangebote und Austauschmöglichkeiten bietet. Die Zusammenarbeit mit den Eltern kann aber auch - im Interesse des Kindes - eingefordert werden.

#### **6. Musikunterricht**

Ein durchgehendes Angebot von Musikunterricht muss aufgebaut werden, zu günstigen Bedingungen in Anschluss an die musikalische Grundschulung.

## **IV. Kinder- und Jugendpolitik**

### **A. Ausgangslage**

Kinder- und Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, in inhaltlicher, administrativer, juristischer und örtlicher Hinsicht. Sie umfasst folgende Schwerpunkte: Soziale, kulturelle, ökonomische und politische Teilhabe und aktive Gestaltung von Lebensräumen, Austausch und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen und Generationen, soziales Lernen und Solidarität, Schutz und Prävention, Chancengleichheit (Chancengerechtigkeit) und Gleichstellung, Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Es sind Verhältnisse zu schaffen, unter denen Kinder und Jugendliche mit eigenen Gestaltungsmöglichkeiten ihre Beziehungen und ihre «Kultur» leben können, denn sie bieten ihnen kreative Möglichkeiten, die eigenen Erfahrungen und Gefühle, das eigene Weltbild auszudrücken. Der Umgang mit Widersprüchen und Wahlmöglichkeiten ist eine Herausforderung in einer entscheidenden Lebensphase in der Identität und die Rolle in der Welt der Erwachsenen gesucht wird.

Kinder- und Jugendpolitik ermöglicht Sozialisation. Tatsächlich aber haben Kinder und Jugendliche heute wenige Möglichkeiten, gegen Bildungsabbau, Reduzierung von Präventionsmassnahmen, Einschränkungen von Freiräumen in der Stadt, gegen Gewalt in Schulen oder auf der Strasse Einfluss zu nehmen. Viele fühlen sich mit ihren Problemen alleingelassen, empfinden Machtlosigkeit und schweigen, weil sie sich nicht ernst genommen fühlen. Bei der Planung von Projekten werden Kinder- und Jugendspezifische Bedürfnisse oft nicht wahrgenommen. Es fehlt an Freiräumen in der Stadt, in denen Kinder ihren Bewegungsdrang ausleben können. Durch die zunehmende Kommerzialisierung droht die Gefahr, dass für Jugendliche der Raum zur kulturellen Entfaltung eingeengt wird.

---

Kinder und Jugendliche sind eine sehr heterogene Gruppe mit unterschiedlichsten Hintergründen und Vorstellungen. Zudem hat sich die Rolle der Familie auch verändert. Die Kinder bewegen sich im Gegensatz zu früher, sehr jung im öffentlichen Raum. Der Einfluss der Kirchen, welche lange Zeit Kindern und Jugendlichen Betätigungsfelder öffneten, ist zurückgegangen und nicht überall ist z.B. das Gemeinwesen in die Lücke gesprungen. Für Jugendliche sind unter der Führung des Jugendsekretariats einige Angebote entstanden, z.B. die Jugendbeiz, Quartiertreffpunkte oder die aufsuchende Jugendarbeit, um nur einige zu nennen.

Für die acht bis zwölfjährigen Kinder fehlen, fast vollständig niederschwellige Angebote und eine zentrale Anlaufstelle, an die sich alle wenden können, die mit einer Frage in Bezug auf Kinder konfrontiert sind. Hier könnte die Triage erfolgen und gezielt an die geeignete Stelle weitergeleitet werden.

Die Stadt als Gemeinwesen nimmt seit Jahren nur eine verwaltende, passive Rolle ein.

## **B. Ziele**

Die Stadt nimmt im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik eine aktive Rolle ein. Sie erkennt die Vielfalt der Tätigkeitsfelder und initiiert Steuerungs- und Unterstützungsmodelle mit konkreten Zielvorgaben unter Einbezug eines breiten Netzes. Die betroffenen Direktionen arbeiten eng zusammen und nutzen Synergien.

Kinder- und Jugendpolitik wird als übergeordnete, strategische Führungsaufgabe verstanden. Sie stützt sich nicht auf Vermutungen und Behauptungen, sondern auf Analysen. Die Stadt ist am Puls des Geschehens und nimmt Lücken wahr und schlägt Massnahmen vor.

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Jugendarbeit**

Die erfolgreich angelaufenen Projekte wie Jugendbeiz oder aufsuchende Jugendarbeit werden den jeweils sich wandelnden Bedürfnissen angepasst.

Für acht bis zwölfjährige Kinder fehlt eine quartierbezogene Kinderarbeit im kleinräumigen Umfeld. Die Stadt nutzt die dort vorhandenen Ressourcen (Vereine, Kirchen, Andere) und mögliche Räumlichkeiten. Sozialpädagogen nehmen eine quartiernahe, animierende und vermittelnde Rolle ein. Selbstregulative Prozesse im Quartier werden unterstützt. Der Gestaltung von Aussen- und Spielplätzen ist grössere Bedeutung beizumessen. Das Instrument des Partizipationsreglements wird von der Stadt aktiv gefördert. Eine niederschwellige Anlaufstelle zur Triage für Kinderbelange entsteht.

### **2. Übertritt ins Erwachsenenleben**

Alle Jugendlichen erhalten die Förderung, die ihnen einen Ausbildungsplatz und spätere Berufsaufstieg ermöglichen. Schulabgänger ohne Lehrstelle oder Lernende die die Lehre abgebrochen haben, werden mit den für sie nötigen, fördernden Massnahmen unterstützt. Den Schwächsten gilt die besondere Aufmerksamkeit. Die Zuständigkeit muss geklärt sein. Die Stadt bevorzugt bei der Vergabe von Aufträgen, Betriebe mit Ausbildungsplätzen. Sie schöpft ihr Potenzial bei der Schaffung von Lehrstellen und Praktikumsplätzen weiter aus.

### **3. Prävention und Mediation**

Auf allen Stufen in der Kinder- und Jugendarbeit, sowie in der Gassenarbeit solle der Prävention eine wichtige Rolle zukommen. Hier sind folgende Themenbereiche genannt: Suchtprävention (Essstörungen, Alkohol, Medikamente, Medienkonsum usw.), Sexualität

---

und Gewalt. Hier besteht offenbar Handlungsbedarf wie Stichproben zeigen.

In allen Bereichen sind die Massnahmen auf ihre Wirksamkeit zu prüfen.

Die Verantwortlichen werden mit den Möglichkeiten der Mediation vertraut gemacht.

#### **4. Massnahmen gegen die elterliche Verletzung der Aufsichtspflicht**

Häufiger werden stark alkoholisierte Jugendliche schon ab elf Jahren angetroffen, die in einem erbärmlichen Zustand sind. Werden die gleichen Jugendlichen resp. Kinder mehrmals aufgegriffen, verletzen die Eltern ihre Aufsichtspflicht und die Vormundschaftsbehörde wird informiert. In solchen und ähnlichen Fällen, wie auch bei Jugendlichen, die durch exzessive oder wiederholte Gewaltanwendung auffallen, muss die entsprechende Behörde schneller und gezielter eingreifen.

## **V. Attraktive Quartiere**

### **A. Ausgangslage**

Einzelne Quartiere haben sich in den letzten Jahren zu sogenannten Tal- oder Bergquartieren entwickelt. Eine gesunde Durchmischung der Bevölkerung ging verloren; in verschiedenen Quartieren fand eine Art «Gettoisierung» statt.

Der zunehmende Verkehr hat in gewissen Quartieren zu einer massiven Verschlechterung der Wohn- und Lebensqualität geführt. Andere Quartiere wie beispielsweise typische Arbeiterquartiere wurden vernachlässigt. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden Quartierläden, Poststellen und Gewerbebetriebe geschlossen.

Es besteht weiterhin eine Nachfrage nach Bauland. Dabei ist der Druck auf Flächen am heutigen Siedlungsrand gross. Diese Flächen gemäss Zonenplan sollen langfristig erhalten bleiben; ein Ausfransen auf alle Seiten soll vermieden werden. Umgekehrt gibt es in der Stadt grössere Gebiete, die sich dafür eignen, die künftige Nachfrage nach verschiedenen Nutzungen abzudecken. Die Gebiete um den Bahnhof St. Fiden und um das Güterbahnhofareal liegen brach oder sind deutlich unternutzt.

Im Gebiet zwischen Winkeln – Abtwil – Gründenmoos/Breitfeld haben sich in den letzten Jahren relativ konzeptlos verkehrsentensive Nutzungen ohne inneren Zusammenhang angesiedelt, die aus Einkaufszentren, Fachmärkten, Sport- und Freizeitanlagen usw. mit vielen einzelnen, teilweise grossen Autoparkieranlagen bestehen. Die Umweltbelastung ist hoch, die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr wurde durch die Eröffnung der AFG Arena verdichtet. Trotz neuer Verkehrsführungen kommt es zu Verkehrszusammenbrüchen. Die Erschliessung für Velofahrende und FussgängerInnen ist suboptimal. Öffentliche Begegnungsräume oder ein Zentrum fehlen.

Im Bereich der Geissbergstrasse sind gut neun Hektaren eingezontes Bauland noch nicht überbaut, was etwa einem Drittel des gesamthaft vorhandenen Baulandes in diesem Gebiet entspricht.

---

## **B. Ziele**

Mit einer gezielten Stadtplanung werden bestehende Wohnquartiere aufgewertet. Ein attraktives Angebot an unterschiedlichen Wohnungen wird gefördert, so dass eine gute Durchmischung der Bevölkerung erzielt werden kann. Ebenso wird eine Durchmischung von Wohnen und Arbeiten gefördert.

Zu lebenswerten Quartieren gehört eine gute Infrastruktur mit Freiräumen, Spielplätzen, Kindergärten und Schulen mit Integrationsangeboten und Tagesstrukturen sowie Einrichtungen für den täglichen Bedarf: Läden, Restaurants, Kleingewerbe.

Der Gestaltung des öffentlichen Raumes und der Verkehrswege muss grosse Beachtung geschenkt werden. Die Bedürfnisse und Anliegen der Quartierbewohnerinnen und -bewohner müssen durch partizipative Verfahren berücksichtigt werden. Diese werden schnell umgesetzt.

Innerstädtische Gebiete wie das Güterbahnhofsareal und um den Bahnhof St. Fiden, die brach liegen, werden dicht genutzt und umweltfreundlich erschlossen.

Das Gebiet St. Gallen West – Geissberg wird zu einem gut durchmischten, bestens erschlossenen und lebendigen städtisch-urbanen Nebenzentrum aufgewertet. Es soll ein neuer, attraktiver Stadtteil mit guter Lebensqualität werden, wo sich die Stadt auf moderne Art entwickeln kann. Im Gebiet Güterbahnhof wird eine Pilot aufgelegt: Autofreies Wohnen durchmischt mit weiteren verkehrsarmen Nutzungen.

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Verkehr**

Flächendeckend müssen in den Quartieren Tempo 30-Zonen eingeführt werden. Verkehrsberuhigende Massnahmen auch an Hauptverkehrsachsen sollten gebaut werden ("Berner Modell"). Nach Möglichkeit werden Begegnungszonen eingerichtet. Leben und Wohnen haben in den Quartieren Priorität.

### **2. Wohnungspolitik**

Die Stadt muss eine aktivere Liegenschaftspolitik betreiben, indem sie allenfalls auch Wohnungen ankauft oder den Bau oder Umbau zu grossen familienfreundlichen Wohnungen fördert und unterstützt. In jedem Quartier sollte es ein ausgewogenes Angebot an verschiedenen Wohnungen geben: teure, günstige, grosse, kleine, unterteilbare usw.

Für die Betagten sollten Wohnungen bereitgestellt werden, in denen Alterswohngruppen gebildet werden können.

### **3. Infrastruktur**

Die Stadt unterstützt die Bereitstellung einer minimalen Infrastruktur wie Spielplätze, Sportanlagen, Betreuungseinrichtungen, Begegnungsmöglichkeiten oder durch städtebauliche Massnahmen die Entstehung von Quartierzentren.

#### **3.1. Entwicklungsgebiete Güterbahnhof und St. Fiden**

Diese Gebiete werden für eine sehr dichte und ausgewogene Nutzungsvielfalt vorbereitet: ein hoher Wohnanteil, Gewerbe, Dienstleistungen, Läden. Wegen der Lage und der guten Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr kann das Parkplatzangebot auf das Minimum reduziert werden. Im Gebiet St. Fiden ist eine „Hochhauszone“ denkbar, dabei ist der Erschliessung für Fussgängerinnen und Fussgänger besondere Beachtung zu schenken. Um eine grosszügige Überbauung realisieren zu können, ist eine Verlegung des Bahnhofs St. Fiden ostwärts zu prüfen.

---

### **3.2. St. Gallen West**

Neue Bauvorhaben werden nur noch im Rahmen eines Gesamtkonzeptes erstellt, das ein Entwicklungskonzept inklusive Umsetzungsstrategie, Nutzungsvorschriften sowie einen Erschliessungsplan enthält.

Die heutige „Mononutzung“ (Einkauf-Freizeit-Arbeit) muss zu einer durchmischten Nutzung mit Wohnen, öffentlichen Einrichtungen (kulturelle Einrichtungen, Post, Kinderbetreuung, Anlaufstellen für die Verwaltung, Beratungsstellen, Veranstaltungsräumen u.ä.), Schulung und Weiterbildung, Begegnung usw. weiterentwickelt werden.

Ins neue städtische Zentrum St. Gallen West passt durchaus das neue Fussballstadion für Sport- und Eventveranstaltungen. Die verkehrliche Entwicklung wegen des angegliederten Einkaufszentrums muss aufmerksam verfolgt werden, und wenn nötig sind weitere entsprechende Massnahmen vorzusehen. Dabei muss der Ausbau des öffentlichen Verkehrs absolute Priorität haben: Verdichtung, durchgehende separate Spuren, neue Linien, Stadtbahn usw.

Der Autoverkehr von Parkplatz zu Parkplatz wird durch attraktive Angebote reduziert: gute Fuss- und Veloverbindungen, Gratisvelos gegen ein Depot, Hochbahn.

### **4. Quartiervereine**

Wünsche und Anregungen der Quartier- und Anwohnervereine werden vom Parlament und Verwaltung aufgenommen. Ein regelmässiger Austausch wird angestrebt.

## **VI. Attraktive Innenstadt**

### **A. Ausgangslage**

St.Gallen hat eine attraktive Innenstadt. Daran schliessen sich attraktive Wohnquartiere an. Allerdings sind Innenstadt von den Wohnquartieren grösstenteils durch eine «rollende Stadtmauer» getrennt. Es besteht Entwicklungsbedarf hinsichtlich dieser Verbindungen und Übergänge. Die räumliche Enge der Innenstadt erlaubt wenig Entwicklungsmöglichkeiten für neue Bedürfnisse. Von den Wohnquartieren bestehen kurze Fussverbindungen zur Innenstadt. Ein dichtes Netz des öffentlichen Verkehrs existiert und wird weiter ausgebaut. Die verkehrsarme Altstadt ist noch nicht realisiert. Aus allen Stadtteilen sind Naherholungsgebiete zu Fuss mit minimalen Zeitaufwand zu erreichen.

Wohnungen werden durch Büronutzungen zweckentfremdet. Das Gewerbe zieht sich aus verschiedenen Gründen aus der Innenstadt zurück, die Innenstadtgeschäfte verlangen nach gleich langen Spiessen wie die Einkaufszentren auf der «grünen Wiese» und rechtfertigen damit den Ruf nach mehr Parkplätzen.

### **B. Ziele**

Die vielen Qualitäten der St. Galler Innenstadt dringen oft zu wenig ins Bewusstsein der Bevölkerung von Stadt und Region. Wir müssen Wege finden, um die Attraktivität für die Bewohnerinnen und Bewohner, Besucher und Kunden bewusst zu machen.

Eine gute Durchmischung von Wohnen, Arbeiten und Dienstleistungen muss erhalten und ausgebaut werden.

---

Die Verkehrsanbindungen der Peripherie und Region werden den Bedürfnissen entsprechend weiter ausgebaut. Der eingeleiteten Regionalisierungspolitik kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Qualitäten der Innenstadt**

Die St. Galler Innenstadt hat das interessanteste, vielfältigste und kundengerechteste Angebot der Region. Sie ist das beliebteste und meistfrequentierte Begegnungszentrum mit kultureller, gastronomischer und städtebaulicher Vielfalt.

Diese urbanen Qualitäten sollen bewahrt und verbessert werden. Das Stadtmarketing spielt dabei eine wesentliche Rolle. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton muss in diesem Sinn gepflegt werden.

### **2. Innenstadt gleich Wohn- und Gewerbestadt**

Für verschiedenste Bevölkerungsgruppen zählt die erweiterte Innenstadt zur attraktivsten Wohnlage: ältere Menschen, Kulturinteressierte, Alleinstehende, Junge, Autolose, Personengruppen, die die Vorzüge der Urbanität schätzen.

Die Innenstadt muss deshalb als Wohnstadt erhalten und weiter entwickelt werden.

Der Platzbedarf der wachsenden Universität verlangt neue Lösungen. Wohnungen sollten der ursprünglichen Nutzung zurückgeführt werden. Die städtische Liegenschaftspolitik orientiert sich in diese Richtung kann aber nur aktiv werden, wenn Häuser veräussert werden. Mit partizipativen Verfahren soll versucht werden, die Interessengegensätze zwischen dem Gemeinwohl, den Gewerbebetrieben, Ladengeschäften und Restaurants so zu lösen, dass sie alle in der Innenstadt existieren können.

## **VII. Wohnen**

### **A. Ausgangslage**

Vor Jahren lebten in der Stadt mehr als 75'000 Menschen, heute 70'000. Grund zum Verlassen unserer Stadt ist oft der Wunsch nach grosszügigeren Wohnmöglichkeiten. Es fehlen hier vor allem grosse, familienfreundliche und günstige Wohnungen, aber auch Wohnmöglichkeiten für spezielle Bedürfnisse (z.B. Modell «Solinsieme»). Einzelne haben die Stadt als attraktiven Wohnraum bereits wieder entdeckt. Mit dem Instrument des 12-Mio-Kredites wird der soziale Wohnungsbau nur teilweise abgedeckt.

### **B. Ziele**

St. Gallen soll ein regionales Zentrum mit überregionaler Ausstrahlung werden. Die Einwohnerzahl soll durch innere Verdichtung wachsen. Dies erfordert nachhaltige Investitionen zum Erhalt und Ausbau der Lebens- und Wohnqualität.

Die Stadt betreibt eine Wohn- und Liegenschaftspolitik, die es ihr ermöglicht, im sozialen Wohnungsbau eine aktivere Rolle zu spielen, ein ausreichendes Angebot an günstigen und gesunden Wohnungen bereit zu halten und attraktiven Wohnraum für alle zu schaffen. Um Energie zu sparen, sollen alle Neubauten mind. im Minergie –Standard erstellt werden.

---

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Urbanes Bewusstsein fördern**

Die Vorteile in der Stadt zu wohnen, müssen immer wieder und dauernd bekannt gemacht werden: Stadt im Grünen, Zentrum einer Region mit grossem Angebot, Bildungsstadt mit der ganzen Palette an Bildungsmöglichkeiten (Krippen, ausserschulische Betreuung, Tagesschulen, Volksschule, Berufs- und Mittelschulen, Universität, Weiterbildungsangebote), Kultur, Sport, Freizeit, Naherholungsgebiete, Stadt der kurzen Wege.

### **2. Aktive städtische Liegenschaftenpolitik verfolgen**

Die Stadt verfolgt eine aktive Liegenschaftenpolitik. Sie betreibt eine aktive Wohnbau- und Wohnerhaltungspolitik, indem sie auf dem Liegenschaftensmarkt aktiv ist, um ein grosses Angebot an stadteigenen Wohnungen zu erhalten und auszubauen. Grosse, flexibel nutzbare, gesunde und kinderfreundliche Wohnungen haben Priorität.

### **3. Breites Angebot an Wohnmöglichkeiten ausbauen**

Die Stadt sorgt einerseits durch den Erwerb von Liegenschaften und andererseits durch entsprechende Überbauungspläne für ein breites und qualitativ gutes Angebot an Wohnungen: Familienwohnungen, WGs für Jung und Alt, Kleinwohnungen, Alterswohnungen, Behindertenwohnungen, Einfamilienhäuser in verdichteter Bauweise, Stockwerkeigentum, Baurecht, Miete usw.

In jedem Quartier steht ein breites Angebot verschiedener Wohnmöglichkeiten zur Verfügung. Neue Wohnsiedlungen werden nur an Orten mit guter ÖV-Erschliessung erstellt.

### **4. Bausubstanz kontinuierlich pflegen**

Sanierungen von Altbauten sollen den heutigen Anforderungen entsprechen. Kleinwohnungen sollen zu zeitgemässen und doch günstigen Wohnungen zusammengelegt werden. Denkmalschützerische Aspekte und energiesparende Massnahmen werden gebührend berücksichtigt.

### **5. Neubauten-Mix verbessern**

Bei der Umsetzung des Zonenplans, bei der inneren Verdichtung und bei der Umnutzung von Industriebrachland ist darauf zu achten werden, dass eine gute Durchmischung von grossen und kleinen Wohnungen erreicht wird, so dass z.B. ältere Menschen aus ihren grossen Wohnungen in kleinere umziehen und somit im Quartier bleiben können.

### **6. Wohn- und Lebensqualität steigern**

Generell soll die Wohn- und Lebensqualität verbessert werden. Besonderes Augenmerk muss auf die Quartierpolitik mit einem attraktiven Erholungs- und Dienstleistungs-Angebot und auf eine menschenfreundlichere Verkehrspolitik im Sinne des "Berner Modells" gelegt werden. Es wird eine gute Durchmischung von Wohnen und Arbeiten angestrebt.

## **VIII. Wirtschaft**

### **A. Ausgangslage**

Der lenkende Einfluss der kommunalen Politik auf die Wirtschaft wird allgemein überschätzt, wie bei globalisierten Finanzmärkten der Einfluss der Politik überhaupt geringer ist, als man sich das – vor allem in Krisenzeiten – gemeinhin wünschen würde.

Die Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen beeinflusst die Stadt sowohl auf der Ertragsseite (Steuersubstrat) als auch auf der Aufwandseite (vor allem Inf-

---

rastrukturausgaben). St. Gallen ist als wirtschaftliches Zentrum der Ostschweiz von grossen Einbrüchen verschont geblieben, bleibt aber regelmässig auch hinter den hohen Wachstumsraten anderer Zentren zurück.

St. Gallen ist das Dienstleistungs- und Bildungszentrum in der Ostschweiz. Zusammen mit dem Kanton kommt der Stadt eine herausragende Bedeutung für den Service Public zu: In öffentlicher Verwaltung/Sozialversicherungen arbeiten 3400 Personen, in Erziehung und Unterricht deren 4800, in Gesundheits-/Sozialwesen weitere 8700 Arbeitnehmende<sup>2</sup>. Die Stadt alleine beschäftigt rund 2000 Mitarbeitende und hat damit auch eine Vorbildfunktion im Personalbereich zu übernehmen.

## **B. Ziele**

Wirtschaftspolitisch sind auf kommunaler Ebene die Rahmenbedingungen (Infrastruktur, ausgebildete Arbeitskräfte, Wachstumsmöglichkeiten, Aufgeschlossenheit der Verwaltung) zu optimieren. Das positive Image als Wirtschaftsstandort ist zu stärken und zu vermitteln. Eine antizyklische Investitionspolitik der Stadt kann im Verbund mit Kanton und Bund Impulse setzen. Eine aktive Bodenpolitik schafft die Voraussetzung für zukunftsweisende Ansiedlungsprojekte. Potentielle Interessenten sind in transparenter Art und Weise auf die Möglichkeiten und Vorteile des Standorts St. Gallen zu informieren. St. Gallen ist als attraktiver Arbeitsort zu stärken.

Wirtschaftswachstum wird oft auch mit Bautätigkeit gleichgesetzt. Investoren sollen in der Verwaltung kompetente und konstruktive Ansprechpartner finden, die aber die Gesetzmässigkeit und das öffentliche Interesse (Planung und Baukultur) prominent vertreten und so mithelfen, Interessengegensätze frühzeitig zu thematisieren und einem konstruktiven Problemlösungsprozess zuzuführen.

Die Stadt als eine der grössten Arbeitgeberinnen muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und die Ziele der Gleichstellung und der Integration in ihrer Personalpolitik verfolgen.

Eine Stärkung der Quartierzentren muss vorangetrieben werden, da im Konkurrenzkampf mit der gut florierenden Innenstadt einerseits und den «Konsumtempeln» auf der grünen Wiese andererseits viele Angebote in Dienstleistungen, Handel und Gewerbe abgebaut werden. Dieser Tendenz muss mit einer attraktiven Aussenraumgestaltung (vgl. z.B. «Berliner Modell») in den Quartieren entgegen gewirkt werden.

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Infrastruktur / Erschliessung**

Infrastrukturbauten sind zukunftsgerichtet anzugehen und die Verbindung zu den übrigen Zentren ist auszubauen. Der ÖV als Personen- und Gütertransportmittel ist auszubauen. Intelligente Erschliessungskonzepte (Güterzentrale mit innerstädtischer Feinverteilung, optimale Abstimmung der ÖV-Angebote) tragen der speziellen topografischen und verkehrlichen Ausgangslage St. Gallens Rechnung.

---

<sup>2</sup> Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt St.Gallen 2007, S. 38

---

Die regionale und überregionale Vernetzung im Personen- und Warenverkehr ist auszubauen, primär im öffentlichen Verkehr. St. Gallen ist lokales und regionales Verteilzentrum im Warenverkehr. Für die Belieferung der Innenstadt sind gemeinsame Lösungen (Stückgutterminal am Stadtrand) in Zusammenarbeit mit den lokalen Geschäften anzustreben. Der Langsamverkehr ist gewerbefreundlich, denn Beizenbesuche, Einkaufsbummel und Begegnungen im Stadtraum machen letztlich Fussgängerinnen und Fussgänger. Es liegt deshalb auch im Interesse der Innenstadt-Geschäfte und der Gastronomie, dass Pendlerinnen und Pendler den ÖV benutzen und einen Teil des Arbeitswegs zu Fuss gehen, statt täglich mit dem Auto von der Garage zu Hause in die Tiefgarage am Arbeitsplatz und zurück zu fahren.

## **2. Wirtschaftsförderung**

Die Wirtschaftsförderung soll das Vertrauensverhältnis zu den bestehenden Unternehmungen ausbauen und sich als Ombudsstelle für Interessenten anbieten, die St.Gallen als künftigen Standort ins Auge fassen. In enger Zusammenarbeit mit dem Kanton ist Sorge dafür zu tragen, dass die Attraktivität St. Gallens real erlebbar und nicht nur ein Werbeslogan ohne Inhalt ist.

## **3. Bewilligungsverfahren**

Bewilligungsverfahren sind einfacher und unkomplizierter zu gestalten. Die Kundenorientierung bei den Baubewilligungsbehörden und die Gewerbepolizei ist zu fördern. Die Möglichkeiten von eGovernment sind konsequent zu nutzen, ohne diejenigen Menschen auszugrenzen, die sich nicht auf die neuen Technologien einlassen wollen oder können.

## **4. Personalpolitik**

Die Stadt St.Gallen als eine der grössten Arbeitgeberinnen muss ihre Vorbildfunktion vermehrt wahrnehmen und die Ziele der Gleichstellung und der Integration in ihrer Personalpolitik verfolgen. Über die Zielerreichung soll aktiv kommuniziert werden.

Wo Leistungen nicht mehr im erforderlichen Mass erbracht werden können, sind mit Instrumenten der Personalentwicklungsplanung auf die gegenseitigen Bedürfnisse abgestimmte Lösungen zu suchen, die auch einen flexiblen Altersrücktritt mit stufenweiser Pensionreduktion umfassen. Der Sozialstellenplan ist auszubauen.

Die Stadt hat genügend Ausbildungs- und Praktikaplätze zur Verfügung zu stellen und muss bei Auftragsvergaben konsequent berücksichtigen, ob Unternehmungen die arbeitsrechtlichen Vorschriften oder Gesamtarbeitsverträge einhalten und sich in der Ausbildung engagieren.

# **IX. Umwelt/Energie**

## **A. Ausgangslage**

Die **Klimaerwärmung** bedroht die Menschen weltweit. Für den massiven Temperaturanstieg sind wir mitverantwortlich. Wir verbrauchen zu viel fossile Energien, auch in der Stadt St.Gallen, vor allem mit Treibstoffen und Heizöl und –gas.

Mit dem hohen **Energieverbrauch** handeln wir kurzsichtig und rücksichtslos gegenüber künftigen Generationen. Die Vorräte an Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran gehen zur Neige.

---

Es ist dringend nötig, den Rohstoffverbrauch zu senken. Technisch ist das möglich, und die entsprechenden Innovationen lohnen sich.

**Atomkraftwerke** lösen diese Probleme nicht. Im Gegenteil: Katastrophale Unfälle wie zum Beispiel in Tschernobyl sind nicht auszuschliessen, und für die sichere Lagerung des radioaktiven Abfalls während Zehntausenden von Jahren gibt es noch keine Lösung. Zudem sind Atomkraftwerke ineffizient (nur 30% der Energie wird in Strom umgewandelt), und der Uranabbau ist problematisch.

In der Schweiz sterben jährlich zwischen 3000 und 4000 Menschen frühzeitig an den Folgen der **Luftverschmutzung**. Stickoxid, Ozon und vor allem Feinstaub schädigen unsere Gesundheit. Der Strassenverkehr gehört mit 34% zu den Hauptverantwortlichen des Feinstaub-Ausstosses. In der Stadt sind Gebiete entlang der Hauptstrassen am stärksten belastet. An diesen Lagen, wo überdurchschnittlich viele sozial benachteiligte Menschen wohnen, ist auch die **Lärmbelastung** durch den Strassenverkehr gross. Der Verkehrslärm schädigt ihre Gesundheit.

In der Stadt hat St. Gallen ist ein Grossteil der Fläche versiegelt. Das führt dazu, dass entgegen den Zielen im **Gewässerschutz** immer noch viel Oberflächenwasser über die Kläranlagen abgeführt wird und gleichzeitig bei heftigen Regenfällen verschmutztes Wasser in die Gewässer abgeführt wird.

Die BewohnerInnen der Stadt St. Gallen sowie das Gewerbe produzieren viel **Abfall**. Ein grosser Teil davon wird verbrannt. Dies ist eine Verschwendung der Ressourcen. Bioabfälle werden dezentral kompostiert, was weiterhin also ökologisch und sozial sinnvoll erachtet wird.

## **B. Ziele**

Die Stadt St. Gallen orientiert sich am Grundsatz der Nachhaltigkeit und am Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft. Das bedeutet, dass der heutige Energieverbrauch von rund 5000 Watt je Person auf weniger als die Hälfte gesenkt wird, davon höchstens 25% in Form fossiler Energie. Zur Erreichung dieser Ziele nimmt die Stadt Einfluss in den Bereichen Verkehr, Siedlungsplanung, Wärme- und Stromversorgung.

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Mobilität**

Die Ziele der 2000-Watt Gesellschaft können nur mit einer massiven Reduktion der Mobilität, einer Umlagerung auf den Fuss- und Veloverkehr und einer starken Raumplanung erreicht werden.

### **2. Wärmeversorgung**

Mit Beiträgen aus dem Energiefonds fördert die Stadt Massnahmen zur Wärmedämmung von Gebäuden, zum sparsamen und effizienten Einsatz von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien. Der Energiefonds wird aus einem Zuschlag auf dem Strompreis und den Netznutzungsentgelten sowie bei Bedarf aus dem allgemeinen Haushalt finanziert und ist massiv aufzustocken.

Im Rahmen von Gestaltungsplänen nimmt die Stadt Einfluss darauf, dass neue Bauten mindestens den Minergie-Standard P erfüllen. Dasselbe gilt für eigene Bauten der Stadt und für durch die Stadt mitfinanzierte Bauten.

Die Stadt realisiert ein zweites Fernwärmenetz. Dabei werden Strom- und Wärmeerzeu-

---

gung gekoppelt. Das Projekt einer Tiefenbohrung zur Nutzung von Erdwärme zur Strom- und Wärmeerzeugung wird vorangetrieben. Öl- und Gasheizungen sollen weitgehend ersetzt werden.

### **3. Strom**

Die Stadt schafft tarifliche Anreize zum Stromsparen. Gewerbe- und Industriekunden erhalten Rabatte nur dann, wenn sie Massnahmen zur Stromeffizienz durchführen (Effizienzbonus). Die Stadt führt Kampagnen zur sparsamen und effizienten Verwendung von Strom durch (z.B. Büroökologie, Wettbewerbe). Der Ersatz von „stromfressenden“ Geräten und Beleuchtungskörpern durch energieeffiziente Geräte wird gefördert. Stromkunden werden laufend über die Entwicklung des Verbrauchs und über Sparpotentiale informiert.

Die Stadt fördert die dezentrale Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien oder Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen und speist Überschüsse zu attraktiven Preisen ins Stromnetz ein.

Die Stadt erstellt weitere Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien (Wasser, Holz/Biomasse, Sonne, Wind) oder beteiligt sich an entsprechenden Anlagen. Der Anteil an Strom aus erneuerbaren Energiequellen und Abfällen wird in den nächsten zehn Jahren von heute 25% auf mindestens 50% erhöht.

Die Stadt verzichtet direkt und indirekt auf Beteiligungen an neuen Atomkraftwerken. Vereinbarungen zum Bezug von Atomenergie werden weder verlängert noch neu eingegangen. Sie nimmt auch Einfluss darauf, dass sich der Vorlieferant nicht an neuen Kohlekraftwerken beteiligt. Eine solche würde zu einer erheblichen CO<sub>2</sub>-Belastung des Stroms führen.

### **4. Gewässer**

St. Gallen hat keinen See und wenig Bezug zu Wasser. Wo immer möglich sollen die Bäche wieder offengelegt werden, damit die Bevölkerung das Element „Wasser“ besser wahrnehmen kann. (Bsp. Steinach). In der Innenstadt braucht es dazu spezielle Massnahmen. z.B. Brunnen, „Wasserstellen“. Die Abwasser sind möglichst getrennt zu entsorgen (Trennsystem), damit die Kläranlage entlastet wird.

## **X. Verkehr**

### **A. Ausgangslage**

Als die Innenstadt gebaut wurde, dienten die Strassen in erster Linie den Fussgängerinnen und Fussgängern, und es gab nur wenige Fahrzeuge. Die Strasse war Verbindungsweg, aber auch Aufenthalts- und Begegnungsort.

Will man die Struktur dieser Stadtteile erhalten, muss sich der heutige Verkehr den baulichen Gegebenheiten anpassen: Breite, mehrspurige Strassenschneisen, hässliche Tunnelleinfahrten und die hohe Verkehrsbelastung zerstören nicht nur das Stadtbild, sondern schränken auch die Bewegungsfreiheit insbesondere von älteren Menschen und Kindern massiv ein.

Die Bandstadt St. Gallen wird von mehreren Hauptverkehrsachsen zerschnitten. Entsprechend hoch ist der Anteil der Menschen, die unter dem hohen Verkehrsaufkommen leiden. Die Lärm- und Luftbelastung entlang von Strassen ist gesundheitsschädigend. 22% der

---

Bevölkerung wohnen an Orten, wo der Immissionsgrenzwert für Lärm überschritten ist, für 45 % der Bevölkerung ist die NO<sub>x</sub>-Belastung zu hoch und auch der Grenzwert für Ozon wird regelmässig überschritten.

Seit den 90er Jahren wurden in der Innenstadt über 2'000 neue Parkplätze realisiert und lediglich ca. 200 aufgehoben. Die grosse Verkehrszunahme in der Stadt St.Gallen ist denn auch kein Naturgesetz, sondern Ergebnis einer Politik, die dem Mobilitätsanspruch ein höheres Gewicht beimisst, als der Lebensqualität in der Stadt. Die Idee, dass direkt vor jedem Laden ein Parkplatz notwendig sei, ist zutiefst provinziell.

Die Zahl der Menschen, die in der Agglomeration wohnen, aber die Infrastruktur der Stadt benützen, wird immer grösser. Damit nimmt auch der Autoverkehr stetig zu. Während das Stadtzentrum mit dem Auto komfortabel erreicht werden kann, bleiben in Stosszeiten die Busse häufig im Stau stecken.

Verkehr wird heute oft auf Strassen und Autos reduziert. Dabei wird vergessen, dass im innerstädtischen Bereich rund die Hälfte aller Wege zu Fuss oder mit dem Velo zurückgelegt werden. Hier besteht ein sehr grosses Potential. Auf der Multergasse verkehren an Spitzenzeiten viel mehr Menschen, als im Rosenbergunnel.

## **B. Ziele**

Noch ist das Stadtzentrum für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer gut erreichbar. Staus sind relativ selten. Dieser Qualität muss Sorge getragen werden. Der Autoverkehr darf nicht mehr weiter zunehmen. Die Verträglichkeit und Sicherheit des Strassennetzes in den Quartieren ist mit gestalterischen Massnahmen zu verbessern. Die Stadt St. Gallen orientiert sich an einer angebotsorientierten Verkehrspolitik. Dank einem gezielten Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Radverkehrs sowie einem breiten Angebotsausbau im öffentlichen Verkehr gelingt es, den Verkehr künftig stadtverträglich zu bewältigen. Der Str

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Verkehrskultur**

In der Stadt St.Gallen wird eine neue Verkehrskultur geschaffen, welche klare Prioritäten zugunsten der Menschen und ihrer Bewegungsfreiheit zu Fuss und dem Velo schafft und auf der hohen Effizienz des öffentlichen Verkehrs aufbaut. In dieser neuen Verkehrskultur hat auch das Auto seinen berechtigten Platz. Es fügt sich aber in den bestehenden Strukturen ein und dominiert nicht mehr. In dieser neuen Verkehrskultur entdecken die Menschen, dass unmotorisierte Bewegung in einem angenehmen Umfeld Spass macht und erst noch gesund ist. Neue Trambahnen und eigentrassierte Busse machen dem öffentlichen Verkehr nicht nur effizienter, sondern verleihen auch ein hohes Sozialprestige; es ist schlicht "schick" und zeugt von Intelligenz, hier Bahn-, Tram und Bus zu fahren. Das Ergebnis dieser Verkehrskultur ist eine Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel. Der Bau von neuen Strassen wird obsolet – weil nicht mehr notwendig.

Die Kapazität des Strassennetzes kann dank einer Verstetigung des Verkehrsflusses auf etwas tieferem Geschwindigkeitsniveau gewahrt werden. Im Prinzip gilt Tempo 30 auf dem gesamten innerstädtischen Strassennetz, auf der Autobahn Tempo 80.

Die Einführung des sogenannten „Road Pricing“ wird geprüft und vorangetrieben.

### **2. Öffentlicher Verkehr**

Im Agglomerationsverkehr sind Investitionen in den öffentlichen Verkehr viel effizienter, als

---

der weitere Ausbau des Strassennetzes. Während eine Trambahn Gossau-St. Gallen-Wittenbach für etwa 250 Millionen Franken zu haben wäre, kostet die Südspange wohl mindestens zwei Milliarden – also den Faktor zehn mehr. Dabei hat ein Tram im 6-Minuten-Takt gegenüber der Strasse eine doppelte Kapazität von gegen 50'000 bis 60'000 Passagiere. Mit der künftigen Durchmesserlinie Trogen-St. Gallen-Teufen bekommt St.Gallen damit wieder ein eigenes Stadtnetz, welches mit weiteren Ästen Richtung Neudorf ausgebaut werden könnte.

Die Verknüpfung des ÖV-Systems muss konsequent verbessert werden. Basis bildet eine moderne S-Bahn mit einer viertelstündlichen Bedienung aller Stadtbahnhöfe mit der Agglomeration und der Innenstadt. Die Realisierung neuer Haltestellen auf Stadtgebiet im Sinne einer Stadtbahn ist zu prüfen. Die beiden Bahnhöfe Winkel und St. Fiden werden mit dem städtischen und regionalen Busnetz verknüpft, am Hauptbahnhof bietet der neu gestaltete Bahnhofplatz gute Umsteigebedingungen. An neuralgischen Stellen besteht ein zeitliches oder mit eigenen Spuren ausgebautes Eigentrassee für den Bus, wodurch die Reisezeiten beschleunigt werden. Ein durchgängiges Eigentrassee könnte im Hinblick auf einen Trambetrieb als Vorläufer geschaffen werden.

Das Busangebot wird schrittweise ausgebaut. Eine neue Buslinie erschliesst die südliche Altstadt mit dem Lämmli-brunnen- und dem Flurhofquartier. Der Takt wird verdichtet und die städtischen Buslinien über die Gemeindegrenzen verlängert. Handlungsbedarf besteht insbesondere am Samstag und Sonntag. Der Ferienfahrplan wird aufgegeben.

Die Erschliessung der «Hügel» ist zu überdenken. Eine Nord-Süd-Verbindung ist zu planen.

### **3. Fuss- und Veloverkehr**

Den Fussgängerinnen und Fussgänger steht ein attraktives Netz zur Verfügung. Auf Grund einer systematischen Netzanalyse werden die Schwachstellen eruiert. Dank einem gut dotierten Spezialfonds können kritische Strassenquerungen rasch saniert werden. Strassenunterführungen werden zugunsten von oberirdischen Querungsmöglichkeiten aufgehoben. Neue Überführungen erlauben feinmaschige Wegverknüpfungen zwischen den Quartieren über die Gleistrassen. Die Treppenkultur an den beiden Hängen wird ergänzt. In der Altstadt und auf der Vadianstrasse wird eine grosszügige Fussgängerzone signalisiert, welche durch eine angrenzende grossflächige Begegnungszone im Museumsquartier sowie vom Gallusplatz, Einstein, Bleicheli, Poststrasse und Bahnhofplatz bis zum Güterbahnhof ergänzt werden soll. Damit wird St.Gallen zu einer Fussgänger-Modellstadt. Es wird nicht nur der autofreie Marktplatz, sondern auch die südliche und nördliche Altstadt schrittweise erneuert.

### **4. Infrastruktur und Parkplatzangebot**

Die Anzahl Parkplätze werden für jedes Quartier definiert, wobei sich die Behörden an der unteren Grenze der VSS-Norm orientieren. Die Einführung eines „Fahrtenmodells“ wird geprüft. Die Zahl der öffentlich zugänglichen Parkplätze wird nach der Realisierung der Parkgaragen Lagerhaus, Einstein, Unterer Brühl und Bahnhof Nordwest plafoniert. Jede Bewilligung einer Parkgarage führt zur Aufhebung von Oberflächen-Parkplätzen. Die Schulhofplätze stehen nur als Spielplätze zur Verfügung; sie dürfen nicht mehr als Parkplätze missbraucht werden.

---

## **XI. Kultur**

### **A. Ausgangslage**

In der Stadt wird zu sehr auf Bewährtes gesetzt, es fehlen Visionen oder solche werden nur als Kritik am Erreichten empfunden. Fortschrittliche Projekte haben derzeit politisch nur eine Chance, wenn sie sich als «Standortmarketing» verkaufen lassen.

Die Stadt fördert Kultur in Form von Subventionen. Etabliert ist, wer es geschafft hat, ein eigenes Subventionskonto in der Stadtrechnung zu bekommen.

Mit dem «Palace» konnte im Herbst 2006 erstmals seit den 80er Jahren ein neues kulturelles Haus eröffnen.

Die städtischen Ausgaben für Kultur sind in den letzten Jahren rückläufig. Die höheren Abgeltungen des Kantons für kulturelle Aufgaben decken nur etwa die Hälfte der von der Stadt erbrachten zentralörtlichen Leistungen im Bereich Kultur. Die Fokussierung der kantonalen Kulturpolitik auf regionale und überregionale Anliegen, gibt der Stadt die Möglichkeiten, die lange vernachlässigte lokale Kulturszene zu fördern.

Das Verhältnis der Ausgaben für etablierte Kultur gegenüber den jungen und aktuellen Formen verändert sich nach wie vor nur zu Lasten der «Kleinen» und zeugt von einem konservativen Grundverständnis, das die nötige Neugier sowie den Mut zur Innovation vermissen lässt. Dies ist insbesondere störend, da sich die etablierten Institutionen in den letzten Jahren vermehrt auf populäre Formen (Musicals im KTSG) verlegt haben, welche in anderen Schweizer Städten nicht subventioniert werden.

Die Nähe von Naturmuseum und botanischen Garten schafft Synergien und ermöglicht eine Neuorientierung.

### **B. Ziele**

St.Gallen soll werden, was es eigentlich schon ist: Das kulturelle Zentrum der Ostschweiz mit guten Verbindungen zum Bodenseeraum. In einzelnen Bereichen, in denen bereits Stärken vorhanden sind (Museen und Ausstellungen, Stiftsbibliothek, Theater, Sitterwerk, Poetry Slam), mischt St.Gallen in den oberen Ligen mit und behauptet sich immer wieder auch auf dem internationalen Parkett.

Die Ostschweizer Kulturmetropole muss auch ausserhalb des Open Airs wieder auf die Tourneepässe international bekannter Bands und Ensembles geholt werden. Damit Kultur und kulturelles Schaffen als solches mehr gesellschaftliches Gewicht im Stadtleben bekommen. Kulturelles Schaffen muss als Wert auch in Politik und Verwaltung breit verankert werden.

In St.Gallen fehlt nach wie vor ein attraktiver mittelgrosser Saal für Konzerte und grössere Anlässe. Die bestehende räumliche Infrastruktur ist zu optimieren. Der Vernetzungsprozess, der im Rahmen der Erarbeitung des neuen Kulturberichts eingeleitet wurde, ist weiterzuführen.

Kultur ist als wesentlicher Bestandteil des städtischen Lebens zu verstehen und das kulturelle Verständnis sowohl bei der Bevölkerung als auch bei der Verwaltung zu fördern.

---

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Vernetzungsarbeit**

Aufgabenbereich und Kompetenzen der Fachstelle Kultur sind ebenso grundsätzlich zu überdenken, wie diejenigen der Kulturförderungskommission. Eine Ergänzung mit ausstrahlender Wirkung (z.B. Kulturbüro, Diskussionsforen, Kontaktgruppen) muss den lange vernachlässigten Vernetzungsauftrag wahrnehmen.

### **2. Infrastrukturen verbessern**

Der untaugliche multifunktionale Ansatz für die Reithalle (Vortrag- und Konzerthalle) hat den Praxistest ebenso wenig bestanden, wie die Tonhalle sich als ungeeignet für grössere Rockkonzerte erwiesen hat. Die Reithalle bietet ideale Voraussetzungen für eine Konzert- und Eventhalle mittlerer Grösse.

Es gibt Institutionen, die weiterhin nachgewiesenen Raum- und Infrastrukturbedarf haben. Ein Neubau für das Naturmuseum schafft Platz für den weiteren Bedarf des Kunstmuseums. Eine Zusammenlegung der verschiedenen Bibliotheken macht Sinn, wird aber ohne Neubau kaum realisierbar sein. Der Kanton als Hauptträger ist dabei gefordert, auch einen architektonischen Leuchtturm zu bauen.

### **3. «Kleine» Institutionen stärken**

Die Diskrepanz zwischen den Produktionsbedingungen (Raum und Technik, Löhne und Sozialversicherungen, Zugang zu Sponsoren) läuft dem Anliegen, ein vielfältiges kulturelles Angebot nachhaltig zu entwickeln, diametral entgegen, weshalb mit der neuen Aufgabenteilung zwischen Stadt und Kanton die «kleinen» Institutionen konsequent zu stärken sind.

### **4. Kunstauftrag, Gastatelier**

Als Ergänzung zu den bestehenden Förderinstrumenten (Förderpreise, Werkbeiträge, Kulturpreis) soll die Stadt als Pendant zu wissenschaftlichen Studien (Abwanderung, volkswirtschaftlicher Nutzen kultureller Aktivitäten, Organisationsanalyse Schule) regelmässig auch einen Auftrag zur künstlerischen Bearbeitung eines aktuellen gesellschafts-relevanten Themas (z.B. Ausländerfeindlichkeit, Jugendgewalt, Littering, Abwanderung, o.ä.) vergeben.

Selbstreflexion braucht Anstösse von aussen. Die Stadt soll dazu ein Gastatelier mit Stipendium zur Verfügung stellen und auswärtige Künstler einladen, sich mit ihren Mitteln (Literatur, bildende Kunst, Fotografie/Video/Multimedia etc.) mit der Stadt auseinander zu setzen und eine Aussensicht einzubringen. Denkbar ist auch ein Austauschatelier mit den bestehenden Partnerstädten Rom, Berlin und Kairo.

### **5. Festival mit Ausstrahlung**

Luzern zum Beispiel hat die Musikfestwochen («Lucerne Festival») und das Comicfestival «Fumetto», Solothurn die Film- und Literaturtage, Nyon das Dokumentarfilmfestival («vision du réel»), Appenzell die «Appenzeller Kabaretttage». Mit welchem Festival wird St. Gallen neben dem «OpenAir St. Gallen» identifiziert?

Die Festspiele St. Gallen bestätigen ihre Funktion als «Stelldichein» für ein Publikum, das Kultur primär als Event versteht. Wenn St. Gallen weiterhin mit dem Label «Kulturstadt» für sich werben will, braucht es ein herausragendes, mehrtägiges Festival auf hohem Niveau, das auch in der Fachwelt Beachtung und Zuspruch findet (vgl. «Tage der Tage der deutschsprachigen Literatur» in Klagenfurt.). Der Stadt kommt dabei vor allem die Rolle als Initiatorin und Gastgeberin zu.

---

St. Gallen als Buchstadt muss zusammen mit dem Kanton ein mehrtägiges, kuratiertes Literatur-Festival mit internationaler Ausstrahlung und Bezug zum Bodenseeraum initiieren. Höhepunkt dieses Festivals ist eine prestigeträchtige Preisverleihung (vgl. z.B. «Ingeborg Bachmann-Preis»).

#### **6. St. Galler Kulturtage**

Der St. Galler Kalender braucht neben einem ausstrahlenden Festival auch lokal fokussierte und zeitlich konzentrierte Veranstaltungen mit einem festlichen Charakter. Anlässlich der zu schaffenden St. Galler Kulturtage werden z.B. die Ergebnisse des Kunstauftrags präsentiert, die städtischen Preise verliehen und eine Werkschau der Preisträger eröffnet. Symposien oder andere Gefässe ermöglichen einen vertiefteren Austausch der Kunstschaffenden mit dem Publikum. Eine Zusammenarbeit mit der kantonalen Kulturstiftung ist anzustreben.

## **XII. Sport**

### **A. Ausgangslage**

In die Sport-Infrastruktur der Stadt wurde in den letzten Jahren viel investiert. Eishalle, Athletikzentrum und Fussballstadion wurden realisiert, das Paul Grüninger-Stadion, das Schwimmbad Lerchenfeld und verschiedene Fussballplätze saniert, ein Skaterpark eingerichtet. Der Rückstand zu den vergleichbaren Schweizer Städten konnte damit verkleinert werden. Weitere Bedürfnisse des Freizeit- und Breitensports bestehen und müssen befriedigt werden. Vor allem aber darf nicht der frühere Fehler wiederholt werden, dass man sich mit dem Erreichten zufrieden gibt und wieder auf Jahre hinaus für den Unterhalt und Ausbau nichts oder zu wenig macht.

### **B. Ziele**

Zu einem regionalen Zentrum mit überregionaler Ausstrahlung gehören zeitgemässe, attraktive Sportanlagen. Alle Bemühungen im Sportbereich sind zu unterstützen, die den Breitensport, den Schulsport, den Behinderten- sowie den Seniorensport fördern.

Gute Sportanlagen haben auf breite Bevölkerungskreise eine gesundheitsfördernde Wirkung, in dem diese motiviert werden, sinnvoll Sport zu treiben.

Die öffentliche Hand hat die Aufgabe, zeitgemässe, attraktive und ausreichende Anlagen für den Schul- und Breitensport bereit zu stellen.

### **C. Lösungsansätze**

#### **1. Infrastruktur für den Fussball**

Die Infrastruktur für den Fussball als Breitensport ist nach wie vor ungenügend. Die Nachfrage nach Trainingsplätzen und zur Durchführung von Meisterschaftsspielen kann erst abgedeckt werden, wenn mindestens zwei weitere Kunstrasenfelder bereitgestellt werden. Damit kann auch den besonderen Witterungs- und Terrainverhältnissen aufgrund der geografischen Lage St. Gallens entsprochen werden.

Mit der Realisierung des Fussballstadions im Westen kann das Espenmoos in eine Breitensportanlage zurückgebaut werden.

---

## **2. Sanierung Volksbad**

Das Volksbad wird saniert und zusätzlich als Gesundheitsbad eingerichtet. Mit dem Athletikzentrum, der Steinach- und der Volksbadhalle, sowie dem OLMA-Gelände entsteht im Gebiet an der Steinachstrasse ein eigentliches Sportzentrum mit überregionaler Bedeutung. Die Einrichtung eines Sportrehabilitationszentrums mit dem Volksbad zusammen muss angestrebt und gefördert werden.

## **3. Ganzjähriges Angebot für Schwimmer**

Der geplante Um- und Ausbau des Hallenbads Blumenwies, der für das einzige öffentliche Hallenbad in der Agglomeration mit einem 50 m-Becken eine Attraktivitätssteigerung für Spiel und Plausch vorsieht, muss die Bedürfnisse der Schwimmer berücksichtigen, die ihren «Kilometer» (oder mehr) schwimmen oder Schwimmsporttraining betreiben wollen. Ein regionales Zentrum wie St. Gallen muss für die wachsende Gruppe der Gesundheits- und Leistungssportler ein adäquates Angebot bereit halten.

## **4. Konzept für den Schul- und Breitensport**

Die Probleme des Bewegungsmangels und der falschen Ernährung bei vielen Kindern und Jugendlichen, die zu grossen gesundheitlichen Schwierigkeiten und zu Folgekosten führen können, sind erkannt. Die Stadt ist gefordert, ein Konzept zu entwickeln, das diesen Tendenzen entgegenwirkt. Die Mitwirkung von Schule und Vereinen sind nötig.

# **XIII. Finanzen**

## **A. Ausgangslage**

Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz wird der Stadt vom Kanton rund die Hälfte der anerkannten zentralörtlichen Leistungen und ein Teil der ihr entstehenden Lasten vom zürckerstattet. Das ist zu wenig und ausserdem ungerecht. Der interkantonale Ausgleich steht noch nicht auf starken Beinen, und der von bürgerlicher Seite zu Gunsten der Spitzenverdienenden und Vermögenden geförderte Steuerfusswettbewerb verhindert eine zukunftsgerichtete und regional gerechte Haushaltspolitik.

Steuern sind in unserem Verständnis Mittel zum Zweck. Die Attraktivität der Stadt kann nur beibehalten oder gesteigert werden, wenn auf der Einnahmenseite genügend Mittel zufließen.

Auf das Jahr 2008 wurde der Steuerfuss um 10 % auf das kantonale Mittel von 149 Prozent-Punkten gesenkt. Angesichts der zu erwartenden Steuerausfälle ab 2009, die höher ausfallen dürften, als beim Budget 2008 angenommen, steht die finanziell gute Situation der Stadt auf dem Spiel, wenn der Steuerfuss um jeden Preis gehalten werden soll. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt für 2008 bereits auf 78 %. Der Stadt werden zunehmend die nötigen Mittel fehlen, um den Nachholbedarf bei den Investitionen zu finanzieren. Beim Sach- und Personalaufwand lautet die Devise des bürgerlichen Stadtrates bereits jetzt «Gürtel enger schnallen!» Das sind schlechte Voraussetzungen für die Stärkung der Stadt.

---

## **B. Ziele**

St.Gallen muss als regionales Zentrum mit überregionaler Ausstrahlung gestärkt werden. Dies bedingt, dass die Stadt die sogenannten «freiwilligen Leistungen» in ausreichendem Mass zur Verfügung stellt und finanziert. Eine gerechtere Verteilung der Lasten und der Steuereinnahmen ist nicht nur auf dem Weg der Abgeltung anzustreben, sondern auch mit einer Zunahme der Wohnbevölkerung. Wir müssen den Trend «zurück in die Stadt» aufnehmen, weil damit die durch die Pendlerströme verursachten Aufgaben und Lasten abnehmen, aber auch zusätzliches Steuersubstrat zufließt. Längerfristig sind Fusionen mit an die Stadt angrenzenden Gemeinden anzustreben.

Das Angebot städtischer Leistungen ist zeitgemäss um- und auszubauen. Ein Abbau «des Staats» wäre kontraproduktiv für die übergeordneten Ziele der Stärkung St. Gallens als attraktives regionales Zentrum.

Die Festsetzung des Steuerfusses darf deshalb nicht einseitig an der Steuerbelastung der Einwohnerinnen und Einwohner gemessen werden, sondern muss auch die Verschuldungsentwicklung und ein attraktives Leistungsangebot berücksichtigen.

## **C. Lösungsansätze**

### **1. Gezielte Haushaltspolitik**

Die Substanz der Stadt muss gehalten (Nachholbedarf bei Infrastruktur, Schulen, Gestaltung des öffentlichen Raums) und ihre Attraktivität (Kultur, e-Government) gezielt erhöht werden. In der Investitionsrechnung ist ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad von 100 % anzustreben, um eine Zunahme der Verschuldung zu verhindern. Bei Überschüssen in der laufenden Rechnung sind zunächst Schulden abzubauen, damit der finanzielle Spielraum für die Zukunft erhöht werden kann.

Die Stadt muss sich beim Kanton dafür einsetzen, dass ein angemessenes Steuersplitting zwischen Wohn- und Arbeitsort Wirklichkeit wird. Der Anteil der Steuern der juristischen Personen, der der Stadt zufließt, ist zu erhöhen (Revision Steuergesetzgebung).

Die Attraktivität des Wohnumfeldes und die zentrale Lage zwischen Bodensee und Säntis ist für potentielle Zuzügerinnen und Zuzüger ausschlaggebend für ihren Entscheid, St. Gallen als neuen Lebensmittelpunkt zu wählen. Entsprechend sind nachfrageorientierte Angebote zu fördern und die Rahmenbedingungen (Infrastruktur, Wachstumsmöglichkeiten, Umnutzung von Industriebrachen, usw.) auch für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu optimieren.

### **2. Regionale Zusammenarbeit**

Der Schlüssel für eine weiterhin effiziente Erbringung der städtischen Leistungen liegt in einer engeren Zusammenarbeit mit den angrenzenden Gemeinden und Kantonen. Immer mehr Aufgaben müssen regional gelöst werden. Städtisches «Knowhow» und regionale Finanzkraft sind ideale Partner.

Mit einer Verbesserung des politischen Klimas - Zusammenarbeit statt Konkurrenz - können neue Perspektiven eröffnet werden.

*SP der Stadt St. Gallen & SP/Juso/PFG-Fraktion des Stadtparlaments St. Gallen  
August 2008*